

Aktuelle Stunde

„Diesel-Fahrverbote in Nordrhein-Westfalen“

Rede Bodo Middeldorf am 28. Februar 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man sich die politischen Kommentare zu dem gestrigen Urteil anschaut, dann kann man den Eindruck gewinnen, dass es dem ein oder anderen gar nicht schnell genug gehen kann mit der Verhängung von Fahrverboten.

Deshalb will ich zu Beginn für meine Fraktion ganz klar sagen: Fahrverbote bedeuten eine unzumutbare Einschränkung individueller Mobilität, sie vernichten Vermögen und sie hätten auch stadtentwicklungspolitisch katastrophale Folgen. Deshalb sind Fahrverbote das schlechteste aller Instrumente zur Luftreinhaltung; und deshalb werden wir alle alles daran setzen, im Rahmen des geltenden Rechts Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu verhindern. Das ist weiter unser zentrales politisches Ziel.

Das nun vorliegende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellt zweifellos einen wichtigen juristischen Schritt in der Debatte dar. Daher ist es richtig, dass wir heute und hier darüber auch politisch beraten. Das Urteil ist aber vor allem eines nicht: Nämlich ein Automatismus in das Diesel-Fahrverbot. Auch das findet sich in der ein oder anderen politisch motivierten Deutung ja anhaltend wieder.

Fahrverbote sind möglich, sie müssen auch geprüft werden, ihre Einführung ist vom Gericht aber klar an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geknüpft worden. Damit sind sie kein kurzfristiges und erst recht kein alleiniges Instrument, sie dürfen demnach nur die Ultima Ratio sein.

Das Bundesverwaltungsgericht hat also ein kluges, abgewogenes Urteil gefällt. Und die Richter haben, wenn man den Medienberichten trauen darf, hinter vorgehaltener Hand auch ihre Verärgerung zum Ausdruck gebracht, dass man sich überhaupt juristisch mit diesem Thema befassen muss.

Diese Verärgerung teilen wir ausdrücklich. Denn jahrelang hat die Bundesregierung das Thema Luftreinheit und Dieselproblematik schleifen lassen. Millionen Verbraucher haben darauf vertraut, dass ihre Investitionsentscheidung zugunsten eines Diesel-PKW sicher ist. Sie werden jetzt von einer kalten Enteignung bedroht.

In dieser entscheidenden Phase der Debatte erleben wir nun eine weitgehend planlos agierende Bundesumweltministerin. Nicht zu Ende gedachte Schnellschüsse wie die Forderung nach einem kostenlosen Nahverkehr, der sich nicht nur als illusorisch herausstellt, sondern auch weitgehend wirkungslos wäre; oder eine abrupt vom Zaun gebrochene Debatte über Gesetzesänderungen zur Ermöglichung punktueller Fahrverbote. All dies hat der Sache geschadet, bei den Städten und in Brüssel Kopfschütteln verursacht, und – was noch viel schlimmer ist – bei den Verbrauchern zu weiterer Verunsicherung geführt.

Was wir jetzt brauchen, ist eine klare Haltung und das ernsthafte Bemühen, zu echten Lösungen zu kommen. Und aus Sicht der FDP-Fraktion gehört dazu auch, dass wir die Automobilhersteller endlich in die Pflicht nehmen müssen, ältere Diesel-Fahrzeuge auf eigene Kosten nachzurüsten. Der ADAC hat es unlängst bestätigt: Die schnelle und umfassende Nachrüstung der Motoren ist immer noch eines der wirkungsvollsten Instrumente bei der Reduzierung des NOx-Ausstoßes. Es darf nicht sein, dass die Autobauer sich ihrer Verantwortung entziehen und die Dieselbesitzer im Regen stehen lassen, meine Damen und Herren.

Und was die rot-grüne Landesregierung betrifft: Wenn Sie Herr Löcker immer von dem ach so reichlich gedeckten Tisch reden, an dem diese neue Regierung Platz genommen habe, erwidere ich Ihnen: Dieser Tisch war beim Thema Diesel komplett leer. Fakt ist: Die Vorgängerregierung hat in sieben Jahren Verantwortung – und genau so lange liegt die Grenzwertdiskussion auf dem Tisch - keinerlei wirksame Maßnahmen ergriffen, die einen Beitrag zur Abwendung von Fahrverboten hätten leisten können.

Und wenn die Grünen jetzt den Eindruck erwecken, dass sie sich für die gebeutelten Pendler und Geschäftsleute einsetzen: Es waren Ihre Verbündeten, die Abmahnvereine und Umweltverbände, die die Fahrverbote seit Jahren wie eine Monstranz vor sich her tragen.

Die NRW-Koalition hat dagegen bereits Mitte letzten Jahres in einem parlamentarischen Antrag den Anspruch klar formuliert, alles zu tun, um den Versuch zu unternehmen, Fahrverbote doch noch zu vermeiden. Und die Landesregierung ist dem gefolgt: Eine interministerielle Arbeitsgruppe arbeitet seitdem intensiv an Lösungsmöglichkeiten und hat dabei vor allem eines im Blick: Wie können wir die Kommunen bei der Erstellung der Luftreinhaltepläne und der Umsetzung geeigneter Maßnahmen unterstützen.

Die Landesregierung fördert schon heute die Anwendung und Erprobung neuer Verkehrskonzepte und die Anschaffung von Elektro-Fahrzeugen und Ladesäulen. Außerdem unterstützt das Land den Einsatz von Elektro- und wasserstoffbetriebenen Linienbussen, den Ausbau alternativer Antriebe, aber zugleich auch die Weiterentwicklung emissionsarmer konventioneller Antriebe.

Auf dieser Basis sollen etwa für die Stadt Düsseldorf, auf die das Urteil ja unmittelbar bezogen ist, weitere Minderungspotenziale für NOx-Emissionen mobilisiert werden. Die dort vorgesehenen Ansätze können Pilotcharakter für alle anderen Luftreinhaltepläne haben. Klar ist aber auch: Jeder Luftreinhalteplan ist bezogen auf sein Maßnahmenbündel immer auf die spezifischen Bedarfe und auch Möglichkeiten der betroffenen Städte hin auszurichten.

Und genauso deutlich muss gesagt werden: Die Anforderungen, die sich nach dem Urteil an alle Beteiligten richten, sind gewachsen. Es braucht den Schulterschluss zwischen Ministerialverwaltung, Bezirksregierungen und Kommunen, um das politische Ziel der Vermeidung von Fahrverboten rechtssicher umzusetzen.

Die FDP-Fraktion hat größtes Zutrauen in die Behörden, dass wir gemeinsam auf dem hier beschriebenen Weg an Fahrverboten vorbeikommen werden. Es erfordert aber, das will ich ausdrücklich sagen, zugleich das Zutun der Städte. Auch ihr Interesse muss es sein, nicht den

vermeintlich leichtesten Weg zu beschreiten, sondern alles zu tun, damit auch künftig Händler, Handwerker und Beschäftigte nicht ausgeschlossen werden. Das haben die allermeisten Städte in NRW mittlerweile auch in dankenswerter Klarheit erklärt.

Als Land werden wir weiter intensiv daran arbeiten, die Rahmenbedingungen zu verbessern und die Instrumente hierfür bereitzustellen. Wir werden den ÖPNV attraktiver machen, Busse umrüsten, alternative Antriebssysteme fördern. Aber wir müssen auch aufhören eine Dieseltechnologie in der Euro 6 Klasse zu verteufeln, weil diese auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung und zur CO₂-Reduktion leisten wird.

Statt auf Verbote und eine pauschale Verteufelung des Diesels setzen wir auf intelligente, zukunftsweisende Antriebs- und Verkehrskonzepte. Ein moderner ÖPNV, eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger, autonomes Fahren - wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für die Weiterentwicklung der Mobilität in unserem Lande nutzen. Das sind die richtigen Ansätze und daran arbeiten wir.